

VEREINIGTE DEUTSCHE STUDENTENSCHAFTEN

VDS - PRESS

HÄNDE WEG VOM BAFÖG!

Mitte Dezember soll der Haushalt 83 verabschiedet werden. 14Mrd.DM sollen bei den Sozialleistungen eingespart werden, während der Rüstungshaushalt erneut um Milliarden steigt.

Schüler und Studenten sind von der "Operation 83 besonders hart betroffen.

Das Bafög für 520.000 Schüler soll im Schuljahr 83/84 fast völlig abgeschafft werden, das Bafög für Studenten soll im Wintersemester 83/84 auf Vollدارlehen umgestellt werden.

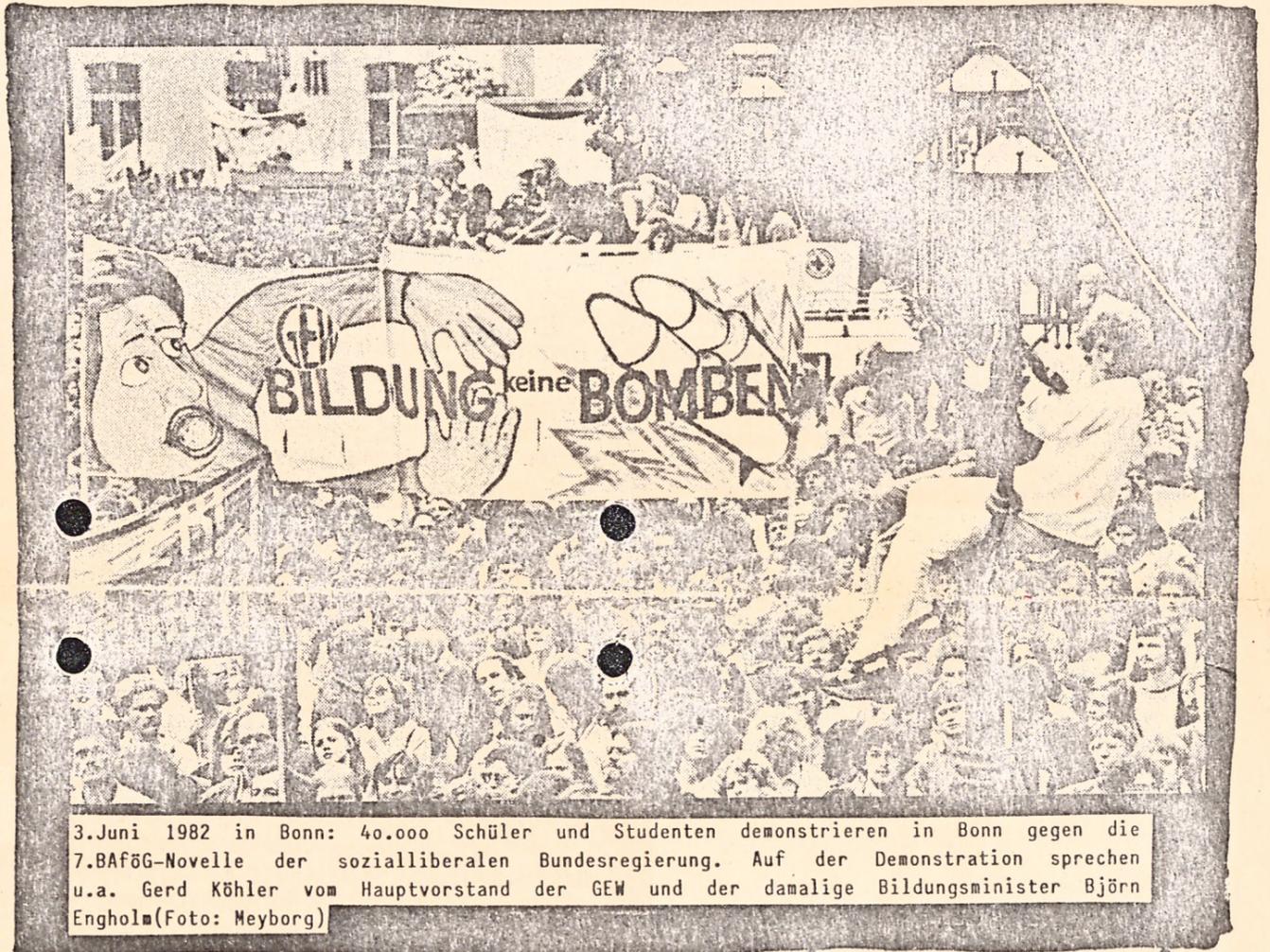
Damit geht die CDU/CSU/FDP-Regierung daran, die wichtigste bildungspolitische Reform der siebziger Jahre zu zerschlagen. Hunderttausende jungen Menschen wird so der Zugang zu weiterführender Bildung an Schulen und Hochschulen verbaut, hunderttausende junger Menschen werden um ihre Zukunftschancen gebracht. Durch den Bafög-Kahlschlag wird das Recht auf Bildung mit Füßen getreten.

FÜR CHANCENGLEICHHEIT - GEGEN BILDUNG NUR FÜR REICHE!

Das Bafög hat zum Abbau sozialer Benachteiligungen beigetragen. Viele junge Menschen aus einkommensschwachen Familien haben nur deswegen Gymnasien, Fachschulen, Fachoberschulen, Abendschulen, Fachhochschulen und Universitäten besuchen können, weil sie durch Bafög gefördert wurden. Der Bafög-Kahlschlag der Bundesregierung soll dies für die Zukunft rückgängig machen. Bildung soll nur noch für Reiche möglich sein. An die Stelle der Förderung der sozial Benachteiligten soll die Förderung der ohnehin Bevorzugten treten. Damit werden die Voraussetzungen für die Zweiteilung der Ausbildung in eine Elite und in eine Massenausbildung geschaffen. "Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur Förderung der Elite" - beschloss der letzte CDU-Parteitag. Wir lehnen diese konservative Elite-Konzeption ab. Damit sollen die erkämpften Bildungschancen für Arbeiterkinder wieder rückgängig gemacht werden.

BAFÖG-KAHLSCHEIT IST KERNSTÜCK DER REAKTIONÄREN WENDE IN DER BILDUNGSPOLITIK

Unmittelbar betroffen von den Bafög-Plänen der neuen Bundesregierung sind 520 000 Schüler und über 300 000 Studenten. Von der damit verbundenen Einschränkung des Familieneinkommens sind annähernd 3 Millionen Menschen berührt. Die Bafög-Liquidierung hat nicht nur soziale Konsequenzen für die große Zahl der unmittelbar Betroffenen. Sie ist gleichzeitig Instrument für eine grundsätzliche Veränderung mit



3.Juni 1982 in Bonn: 40.000 Schüler und Studenten demonstrieren in Bonn gegen die 7.BAFÖG-Novelle der sozialliberalen Bundesregierung. Auf der Demonstration sprechen u.a. Gerd Köhler vom Hauptvorstand der GEW und der damalige Bildungsminister Björn Engholm (Foto: Meyborg)

... auf nach Bonn!

BAFÖG DEMO

472

ANFLAGE: 100.000, DRUCK: HENKE KÖLN, VISDP: MICHAEL WEBER, KAISERSTR.71 5300 BONN 0228/223075

KdLSV Konferenz der Landesschülervertretungen

DGB-JUGEND UNTERSTÜTZT DEMO

DGB-Hauptvorstand

In einer Stellungnahme des DGB zu den Bafög-Plänen der Rechtsregierung heißt es: "Wenn die Gesellschaft sich nicht willens und fähig zeigt, die Begabungsreserven auch der Kinder der schwächer gestellten Familien zu mobilisieren, dann vergibt sie eine gesellschaftspolitische Zukunftschance und nimmt vielen jungen Menschen von vornherein jede Möglichkeit, sich so ausbilden zu können, wie das angesichts schwieriger wirtschaftlicher und beruflicher Zukunftsaussichten unabdingbar ist."

Bundesjugendausschuß des DGB

Der Bundesjugendausschuß des DGB hat beschlossen, die Demonstration von Schülern und Student/innen/en gegen die Bafög-Pläne der neuen Bundesregierung zu unterstützen. Dieser Beschluß ist ein wichtiges Zeichen für die Intensivierung der Zusammenarbeit von Schülern, Studenten und Arbeiterjugendlichen sowie ihre Interessensvertretungsorganisationen.

Gerd Köhler (Hauptvorstand der GEW)

Gerd Köhler kündigte in einer Erklärung des GEW-Hauptvorstandes an, daß die GEW "alle betroffenen Schüler/innen, Eltern und Lehrer auf die Barrikaden gegen die Absichten der neuen Bundesregierung bringen" werden.



Über 430.000 Menschen demonstrierten an den letzten Wochenenden gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Hochrüstung auf den regionalen Demonstrationen des DGB. Einen zentralen Stellenwert nahm dabei auch die Ablehnung der Bafög-Pläne der neuen Rechtsregierung ein. Sowohl in den Reden, wie auch auf den Transparenten der Teilnehmer, vor allen aus den Hochschulen - und studentischen Bereich wurde dies deutlich. Hier ein Foto von der Abschlußkundgebung in Dortmund (Foto: Schmidt)

Aber auch aus anderen gesellschaftlichen Bereichen wird eine Unterstützung der Demonstration angekündigt.

Deutsches Studentenwerk

Der Vorstand des Deutschen Studentenwerkes hält die "Umstellung der Ausbildungsförderung auf Darlehen und die Streichung der Schülerförderung" (...) "für sozial- und bildungspolitisch verfehlt sowie finanzpolitisch ineffektiv. Die Umstellung der Förderung auf volles Darlehen würde sogar noch hinter den Leistungen des von der CDU-Regierung im Jahre 1957 eingeführten Honnefer Modells, das aus Stipen-

dien und Darlehen bestand, zurückbleiben." (Stellungnahme vom 08.10.'82)

Gerd Weisskirchen (bildungspolitischer der SPD-Bundestagsfraktion)

Gerd Weisskirchen kündigt an, daß "wir beide dabei sein werden. Björn Engholm und ich."

Peter Glotz (Bundesgeschäftsführer der SPD)

Peter Glotz würde sich "nicht scheuen, dagegen (die Bafög-Pläne der Regierung) zu marschieren." (Konkret 11/82)

FORTSETZUNG VON SEITE 1...

dem Ziel, den Bildungsbereich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu organisieren: Über die Ausbildung eines Jugendlichen entscheidet nicht seine Eignung und Fähigkeit sondern der Geldbeutel seiner Eltern. Die Koppelung der Darlehensvergabe an "Leistungskriterien und Studiendauer" verstärkt Konkurrenz und Strebertum. Die Bildungsausgaben werden insgesamt eingeschränkt; unter dem Motto der Regierungserklärung "Weniger Staat - Mehr Markt" werden staatliche Ausgaben privatisiert. Die Darlehen sollen durch Banken finanziert werden. Dadurch entstehen neue Abhängigkeiten des Bildungssystems von privaten Geldgebern, wird der Einfluß der Unternehmer noch weiter ausgedehnt. Deshalb lehnen wir den Bafög-Kahlschlag als ersten Schritt in diese Richtung ab.

BAFÖG UND BILDUNG STATT ROTSTIFFT UND RÜSTUNG

Durch den Kahlschlag beim Bafög werden hunderttausende Jugendliche zusätzlich in die Arbeitslosigkeit getrieben. Angesichts der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit von knapp 2 Millionen Menschen fordert der DGB ein Beschäftigungsprogramm von mind. 50 Milliarden DM. Wir unterstützen eine grundsätzliche Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir wissen

das eine solche Politik finanzielle Voraussetzungen hat. Der Rüstungswettlauf muß zum Halten gebracht werden, Rüstungsgelder müssen eingespart werden. Durch die Erhebung einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe, die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und die Überprüfung der Investitionen können weitere Gelder für eine Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik und zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit freigesetzt werden.

GEMEINSAMES HANDELN VON STUDENTEN, SCHÜLERN UND GEWERKSCHAFTEN NOTWENDIG!

Der Haushalt 83' und die damit verbundenen Bafög-Pläne sind die erste entscheidende Tat der neuen Bundesregierung. Wie stark und geschlossen wir dagegen Widerstand leisten, wird mitentscheiden über die weitere Perspektive: Ob es dieser Regierung gelingt, alle Bildungsreformen der 70ziger Jahre zu vernichten oder ob erkämpfte Rechte behauptet werden können. Der reaktionären Wende in der Bildungspolitik entgegen zu treten, ist gemeinsames Interesse von Studenten, Schülern und Gewerkschaften. Den Gewerkschaften ist es nicht egal, ob sich mit der konservativen Werteideologie wieder akademischer Standesdünkel und Katzbuckelei an den Hochschulen durchsetzt.

Die große Masse der Studenten erwartet längst eine Berufsperspektive in untergeordneter Tätigkeit. Deshalb treten wir für eine Ausbildung ein, die zu einer solidarischen Haltung zu den Kollegen im Labor, im Klassenzimmer, am Reißbrett oder in Büro erzieht. Deshalb ist das gemeinsame Handeln von Studenten, Schülern und Gewerkschaften notwendig.

WIR FORDERN:

- KEINE STREICHUNGEN DER AUSBILDUNGSFÖRDERUNG FÜR SCHÜLER!
- KEINE UMSTELLUNG DES STUDENTEN-BAFÖGS AUF VOLLDARLEHEN!
- IM BILDUNGSBEREICH DARF NICHT NOCH WEITER DURCH UNSOZIALE SPARMASSNAHMEN GEKÜRZT WERDEN!

Wir rufen Gewerkschaftskollegen, Studenten und Hochschullehrer, Schüler, Eltern und Lehrer auf:

BETEILIGT EUCH AN DER ZENTRALEN DEMONSTRATION

BILDUNG DARF KEIN PRIVILEG FÜR REICHE WERDEN!

BAFÖG-KAHLICHLAG KONKRET

SCHÜLER

Für jede angekündigte Verschlechterung haben die Sparschweine in Bonn scheinheilige Argumente in der Schublade, um die Bezieher von Ausbildungsförderung als gesellschaftliche Schmarotzer abzutun. Den Schüler/innen wirft die Rechtsregierung vor, BAFÖG zur Mofa-Finanzierung zu mißbrauchen. In ihren Augen ist die Ausbildungsförderung eine "Prämie auf der Flucht von der elterlichen Gewalt, so die Marburger CDU-Hochschulunion. Die Eingriffe in das Schüler-BAFÖG, die mit diesen zynischen Angriffen gerechtfertigt werden sollen, sind noch brutaler als vorausgeahnt. Der Kabinettsbeschluß sieht folgende Verschlechterungen vor:

1.) Die Förderung für Schüler, die berufsbildende Schulen besuchen, wird total gestrichen.

Um das Abrutschen der betroffenen Familien unter das Sozialhilfegesetz zu vermeiden, soll ab Herbst 1983 eine Übergangsregelung in Kraft treten, die die Höchstförderung auf 200,-DM (vorher 275,-DM) bei einem Elternfreibetrag von 1.100,-DM (vorher 1.400,-DM) verstlegt. Der Elternfreibetrag ist das Geld, das bei der Berechnung des BAFÖGs als Minimum für eine Familie zugrunde liegt. Die Herabsetzung dieses Elternfreibetrags bedeutet, daß viele Schüler/innen kein Bafög mehr erhalten. Diese Regelung gilt nur für diejenigen, die bereits BAFÖG erhalten.

2.) Die Zweite-Bildungsweg-Förderung (ZBW) soll ebenfalls dem Rotstift zum Opfer fallen.

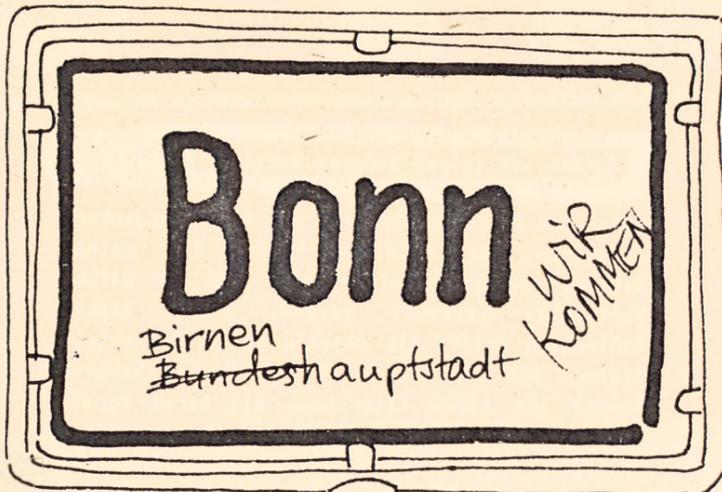
BAFÖG erhalten nur noch Abendschüler/innen, Kollegiaten/innen
BAFÖG erhalten nur noch diejenigen Abendschüler/innen und Kollegiaten/innen, die nicht bei den Eltern wohnen, wobei der Bedarfssatz gesenkt und ein s.g. "Ferienmonat" eingeführt werden soll; d.h. Schüler/innen werden nur noch 11 Monate Förderung pro Jahr erhalten.
3.) Gefördert werden in Zukunft nur noch Schüler/innen, die allgemeinbildende Schulen besuchen und nicht Zuhause wohnen

Die Folge dieser Rotstiftpolitik ist, daß von 520.000 im Jahre 1980 geförderten Schüler/innen ca. 4/5 kein BAFÖG mehr erhalten werden.

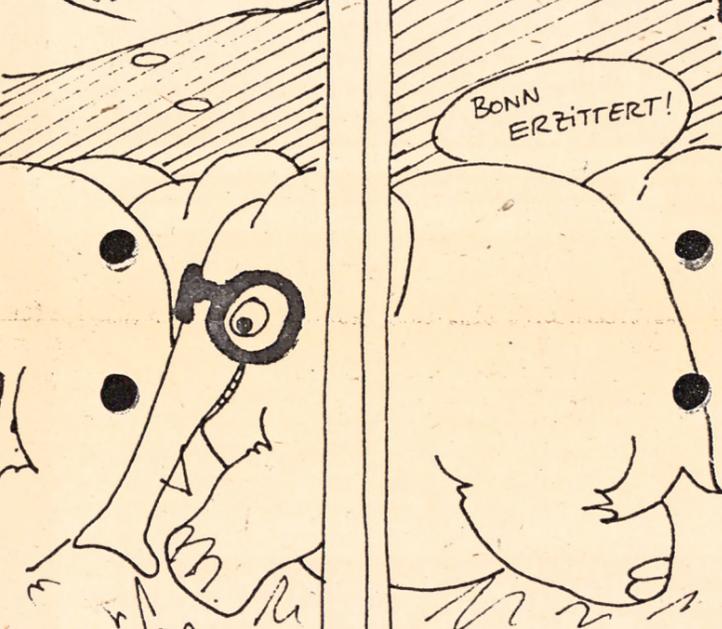
Förderungswürdig wären nach dieser Regelung lediglich noch 75 - 100.000 Schüler/innen in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Eine Streichung der Schüler Förderung in diesem Ausmaß, würde nicht nur Zukunftschancen und Berufsperspektiven von Schüler/innen gerade aus Arbeiterfamilien wesentlich einschränken (60% aller geförderten Schüler/innen sind Arbeiterkinder), sondern hätte darüber hinaus handfeste Lohnkürzungen bei den betroffenen Familien zur Folge.

Bei einer Familie mit zwei bei den Eltern wohnenden Schülern/innen, in der der Vater Alleinverdiener ist, würde eine Streichung des Schüler-BAFÖG einen Rückgang des jährlichen Familieneinkommens von über 6.000,-DM bedeuten. Das verfügbare Einkommen dieser Familien würde um fast 30% gekürzt.

Hier wird offensichtlich: Bildungskahlschlag bedeutet auch immer weiteren Sozialabbau. Wer kann angesichts steigender Preise bei Lebensmitteln, Mieten, Heizung und drohender Arbeitslosigkeit schon auf 30% seines bisherigen Einkommens verzichten? Einem Flick oder Krupp tut das nicht weh, aber einer Arbeiterfamilie wird schnell vor dem Ruin stehen.



"WER ANS BAFÖG
GIBT, DEM SOLL GEFÄL-
LIGT, DIE HAND ABFAH-
LIGST" MOSES, 11. GEBOT
(ZITAT OHNE GENÄHR)



BONN
ERZITTRT!

ELEFANTEN
MÖGEN DOCH GAR
KEINEN KOHL!

HÄNDE WEG
VOM BAFÖG!



Diese Verschlechterungen für Schüler reichen der neuen Bundesregierung noch nicht aus. Ähnlich wie bei den Student/innen/en sollen durch Leistungs- und Prüfungsverschärfungen weitere Hindernisse in das Schulsystem eingebaut werden. Zur Zeit wird diskutiert, die Ausbildungsförderung an den Notendurchschnitt zu koppeln. Ein Wiederholungsschuljahr würde in der Konsequenz dazu führen, daß Schüler kein BAFÖG mehr bekommen. In Baden-Württemberg soll ein Examen für Hauptschüler eingeführt werden, d.h. Hauptschüler, unter denen viele jugendliche Ausländer sind, die mit großen

Schwierigkeiten zu kämpfen haben, müssen am Ende ihres neujährigen Schulbesuchs noch eine Prüfung ablegen. Darüberhinaus plant die Bundesregierung "Wettbewerbe" für die Schüler. Neben den Wettlauf um den NC-Durchschnitt tritt ein gesonderter Wettbewerb um die sogenannte "Begabtenförderung". Die bei den sozial Schwachen eingesparten Gelder sollen den Ländern für eine auf etwa 25.000 Schüler/innen begrenzte Eliteförderung zur Verfügung gestellt werden.

STUDENTEN

Die Umstellung des BAFÖG auf Vollkredit bedeutet einen Anstieg des Schuldenberges von bisher durchschnittlich 9.000,- DM auf 40.000,- DM.

Betroffen sind ab WS 83/84 alle BAFÖG-Bezieher.

1. Abschreckung vom Studium - 150.000 Student/innen brechen ihr Studium sofort ab.

- Für 60% der Arbeiterkinder ist das BAFÖG die wichtigste Einnahmequelle. Der zu erwartende Schuldenberg bei unsicherer Berufsperspektive würde nach Aussagen des Bundesbildungsminister a.d. Björn Engholm, den Anteil von Arbeiterkindern unter den Student/innen/en von gegenwärtig 14% auf 6% (Stand von 1960) reduzieren.

- Eine Hierarchisierung und Differenzierung der Student/innen/en in Arme und Reiche wäre die Folge. So kann ein Medizinstudent/inn nach seinem Studium sicher das Darlehen leichter zurückzahlen als ein FH-Student/inn, der ein sehr viel geringeres Einkommen zu erwarten hat.

Berücksichtigt man den zu erwartenden Rückgang an Arbeiterkindern, so verändert sich das gesamte soziale Bild der Studentenschaft.

- Die BAFÖG-Pläne treffen, rechnet man Schüler, Studenten und die entsprechenden Familien zusammen, insgesamt 3 Millionen Menschen, deren Einkommen reduziert wird.

2. Rückzahlung - 10 Jahre 20% Deines Einkommens?

Bei dem Einkommen z.B. eines FH Ingeieurs der Deutschen Bundespost müßten bei einer Rückzahlungsdauer von 20 Jahren ca. 170,- DM monatlich, ungefähr 9% des Einkommens, zurückgezahlt werden. Bei 60.000,- DM Schulden (Aufbaustudium) wären dies 250,- DM monatlich. Bei Änderung der Rückzahlungsfristen ergibt sich folgendes Beispiel: 40.000,- DM Schulden; 10 Jahre Abzahlung von fast 350,- DM pro Monat: 1/5 des monatlichen Einkommens.

3. Studienreglementierung - Leistungsstreß erhöht sich!

Wer derartige Schuldenberge anhäuft, wird versuchen, sein Studium so schnell als möglich zu beenden. Jeder Schein, jede Prüfung, die nicht erfolgreich war, erhöht die Studiendauer und die Schulden. Der Studiendruck wird noch erbarungsloser als im Moment werden.

4. Frauen - Besonders betroffen!

Da Frauen besonders stark in Bereichen studieren wo die Arbeitslosigkeit sehr groß und die Einkommenserwartungen gering sind, wird die Höhe der Verschuldung bei Ihnen verstärkt zum Studienabbruch führen. Der Abschreckungseffekt wird noch dadurch verstärkt, daß bei der herrschenden Weiblichkeitsideologie Frauen eher "bereit" sind, auf ein Studium zu verzichten.

BILDUNG NUR NOCH FÜR REICHE?

Die neue Regierungskoalition hat beschlossen, bei der Ausbildungsförderung für Schüler/innen und Student/innen/en rigoros zu streichen.

Diffamierung als Politikkonzept

Für Norbert Blüm, dem neuen Arbeitsminister, ist dies nur eine Maßnahme, die Verkehrsprobleme unserer Städte zu lösen: "Für mich hat das vor allem eine Konsequenz: Weniger Dauerparker in der Bonnen Innenstadt." So nachzulesen im Bonner Express.

Nach dem Muster der Ausländer- und Rassenhetze bestimmter Rechtskräfte wird hier versucht, mit den Mitteln der Diskriminierung und Diffamierung Vorurteile zu schüren.

Veränderung des geistig-politischen Klimas

Und nicht zuletzt in diesem Bereich liegt eine neue Qualität der Koalition der Rechten. Integration nach dem Muster der Sozialdemokratie scheitert(e) an der ökonomischen Realität in dieser Republik. Politik im Interesse der tatsächlich Herrschenden muß gerade in der Krise gegen alle anderen durchgesetzt werden. Eine große Kampagne zur Veränderung des geistig-politischen Klimas in der BRD, wie sie Heiner Geißler in seiner Bundestagsrede anlässlich des Mißtrauensvotums angekündigt hat, gehört deshalb auch als zweites Standbein neben den rigorosen Sozialabbau zu dieser Rechtsregierung. Wenn ökonomische und gesellschaftliche Probleme mit den traditionellen Mitteln kapitalistischer Krisenlösung objektiv nicht zu lösen sind und sich darüber hinaus die ökonomische Krise weiter verschärft, gewinnen Methoden à la Blüm an Bedeutung. Verzichtsideologie, Abbau des "Anspruchsdenkens" sind Eckpfeiler dieser Politik, die Blüm nur konsequent mit dem Mittel der Diffamierung fortsetzt.



"Jeder ist seines Glückes Schmied"

Unter dem Motto "Schluß mit dem Anspruchsdenken" zugunsten des Prinzips "jeder ist seines Glückes eigener Schmied" soll auch der BAFÖG-Kahlschlag verkauft werden. Und dieser Kahlschlag trifft die ohnehin sozial Benachteiligten. 80% der mit BAFÖG geförderten Schüler kommen aus einem Elternhaus mit einem monatlichen Gesamteinkommen von unter 2.000,- DM. Der Wegfall der Förderung für nur ein Kind könnte ein Verlust des monatlichen Haushaltseinkommens von bis zu 270,- DM bedeuten - 12% des Familieneinkommens. 50.000,- DM Schulden nach Beendigung des Studiums schrecken bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage zwangsläufig von der Aufnahme eines Studiums ab. Nach einer Infra-Test-Untersuchung wären bis 156.000 Student/innen/en gezwungen, ihr Studium sofort abzubrechen. Und diejenigen, die trotz allem noch ein Studium aufnehmen, werden bemüht sein, möglichst wenig Schulden zu machen; noch mehr Jobs, noch mehr Leistungsdruck im Studium wären die Folgen.

Jugendarbeitslosigkeit steigt sprunghaft

Die Konsequenzen nicht nur für die unmittelbar Betroffenen liegen auf der Hand: die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen würde sprunghaft ansteigen. Der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen würde auf das 6% Niveau der 60er Jahre zurückfallen. Für Jungen, insbesondere aus Arbeiterfamilien und Familien mit mehreren Kindern, würde der Hochschulzugang wieder drastisch eingeschränkt; ganz im Sinne der Heim und Herd Ideologie der CDU/CSU.

Öffnung der Hochschulen, Chancengleichheit werden in das Reich der "Anspruchsträume" verwiesen.

"Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur Förderung der Elite"

Der letzte CDU-Parteitag spricht eine deutliche Sprache: "Die Hochschule wurde überlastet, und die Förderung der Begabten und der Elite wurde vernachlässigt ... Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur Förderung der Elite." Und Geld zu haben, reich zu sein, ist in unserer Gesellschaft nun mal eine wesentliche Voraussetzung dafür, begabt zu sein, zur Elite zu gehören. Ganz in diesem Sinne wird parallel zur Streichung des Schüler-BAFÖG's die Einrichtung einer Begabtenförderung beschlossen.

Ansätze zur Aufhebung des bildungsprivilegs, wie sie mit der Ausbildungsförderung versucht wurden, werden "über Bord geworfen", dem "von Bord gehenden Lotsen" gleich hinterher.

Dorothee Wilms: Eine Lehre bei der deutschen Industrie

Die neue Bildungsministerin, Dorothee Wilms, ihres Zeichens jahrelang beim Deutschen Industriemuseum in Köln tätig, hat ihre Lektion gut gelernt. Denn bereits 1976 forderte Hans Dichgans im Namen der Arbeitgeberverbände: "Die Hochbegabten sollen wie bisher nach den bewährten Methoden der Studienstiftung des Deutschen Volkes ermittelt werden... Bei den Übrigen wird das Selbstvertrauen als weiteres Kriterium eingeführt. Jeder Student kann Darlehen zu günstigen Bedingungen erhalten." Deutlicher kann kaum gezeigt werden, welche Interessen die CDU/CSU und die neue Rechtsregierung tatsächlich vertreten.

Ein neues bildungspolitisches Bündnis

Und weil dies so ist, weil mit den BAFÖG-Plänen der neuen Rechtsregierung ein Kernstück sozialdemokratischer Bildungsreform liquidiert werden soll, ist es möglich, in dieser Frage ein Bündnis neuer Qualität zu entwickeln. Die Resonanz auf die Unterschriftenaktion der VDS "Das Ausbildungsförderungsgesetz muß erhalten bleiben" und die Reaktionen auf Diskussionen über eine bundesweite BAFÖG-Demonstration zu den Haushaltsberatungen Anfang Dezember weisen darauf hin:

Die Unterschriftenaktion der VDS wird bis weit in die Kreise von Sozialdemokraten, Grünen und Gewerkschaftern unterstützt. Um nur einige Namen zu nennen: Björn Engholm (Bildungsminister a.D.); R. Girsensohn (Kultusminister NRW); GAL-Fraktion Hamburg; Gerd Köhler (Hauptvorstand der GEW); Detlev Hensche (IG-DRUPA); Heinz Krüger (Leiter der Abt. Bildung beim Hauptvorstand der Postgewerkschaft) Kurt Georgi (ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff);

Reaktionen auf die Demonstration

Bereits die ersten Diskussionen über die bundesweite Demonstration haben erstaunliche Reaktionen hervorgerufen: Björn Engholm will nach eigenen Aussagen "diesmal nicht zu den Bedemonstrierten sondern zu den Mitdemonstrierern gehören". Gerd Weisskirchen wird zu einer solchen Demonstration aufrufen; er könne sich nicht vorstellen, daß die "SPD Bundestagsfraktion eine andere Haltung dazu einnehme. Gerd Köhler vom Hauptvorstand der GEW kündigt an, "alle Betroffenen Schüler/innen, Eltern und Lehrer auf die Barrikaden gegen die Absichten der neuen Bundesregierung zu bringen."

Es wird also bereits jetzt deutlich, daß nicht nur die unmittelbar Betroffenen Schüler/innen und Student/innen/en ein elementares Interesse am Erhalt der Ausbildungsförderung haben; die Pläne der neuen Bundesregierung gehen an die Substanz sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Bildungsvorstellungen. Dies ist der Ausgangspunkt dafür, daß sich in dieser Frage ein bildungspolitisches Bündnis abzeichnet, daß beispielhaft aufzeigen kann, wie sich die demokratische und außerparlamentarische Bewegung auf die neue politische Situation einstellen muß, aber auch kann.

